

Stellungnahme zum Ergänzungsantrag

DIE LINKE.-Gemeinderatsfraktion

Vorlage Nr.: **2021/0381**

Verantwortlich: **Dez. 2**

Dienststelle: **IT**

Digitale Plattform für Karlsruher Bürger*innen – gemeinsam mit der Karlsruher Zivilgesellschaft und der lokalen Unternehmerschaft

Gremium	Termin	TOP	ö	nö
Gemeinderat	23.03.2021	31	x	

Kurzfassung

Die Verwaltung empfiehlt weiterhin, auch unter Berücksichtigung des Ergänzungsantrags zu TOP 31, den Antrag sowie den Ergänzungsantrag abzulehnen.

Finanzielle Auswirkungen	Gesamtkosten der Maßnahme	Einzahlungen Erträge (Zuschüsse und Ähnliches)	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzüglich Folgeerträge und Folgeeinsparungen)
Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>	mind. 35.000 €		geschätzt mind. 25.000 € (Hosting) geschätzt mind. 10.000 € (externer Support)

Haushaltsmittel sind dauerhaft im Budget vorhanden

Ja

Nein Die Finanzierung wird auf Dauer wie folgt sichergestellt und ist in den ergänzenden Erläuterungen auszuführen:

Durch Wegfall bestehender Aufgaben (Aufgabenkritik)

Umschichtungen innerhalb des Dezernates

Der Gemeinderat beschließt die Maßnahme im gesamtstädtischen Interesse und stimmt einer Etatisierung in den Folgejahren zu.

CO ₂ -Relevanz: Auswirkung auf den Klimaschutz Bei Ja: Begründung Optimierung (im Text ergänzende Erläuterungen)	Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	positiv <input type="checkbox"/> negativ <input type="checkbox"/>	geringfügig <input type="checkbox"/> erheblich <input type="checkbox"/>
IQ-relevant	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	Korridortheema:	
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	durchgeführt am	
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	abgestimmt mit	

Ergänzende Erläuterungen

Nach über einem Jahr Pandemiegeschehen ist davon auszugehen, dass große Teile der Zivilgesellschaft bereits vorhandene Videokonferenzformate nutzen. Es existiert ein breites Spektrum an Angeboten sowohl kommerzieller Art, aber auch kostenlose, hardwareunabhängige Plattformen auf Open Source-Basis für den Privatgebrauch, wie zum Beispiel Fairmeeting (www.fairkom.eu/fairmeeting). Daher sieht die Stadtverwaltung Karlsruhe keine Notwendigkeit, hier einen weiteren Service hinzuzufügen.

Im Übrigen gelten auch im Falle des Ergänzungsantrags die zu TOP 31 ausgeführten Erläuterungen, insbesondere bezüglich der Anforderungen an Qualität, Verfügbarkeit und Performance, aber auch Haftungsrecht und Datenschutz.